

«Wenn Christen für Muslime beten»

Mit Konsternation las ich in der NZZ den Beitrag «Wenn Christen für Muslime beten» (3. 5. 19). Ich vermisse die Unvoreingenommenheit gegenüber den Menschen, über welche Simon Hehli sich äussert. Es fallen Begriffe wie «vordergründig», «scheinheilig», «christliche Eiferer», «paternalistische Gesinnung», «herablassende Bet-Aktionen». Es wird von ihm zudem unterstellt, die mit dem christlichen Gebet in aller Regel verbundene Liebe gelte nicht den Muslimen als Muslimen, sondern sie seien als 1,5 Milliarden Menschen potenzielle Objekte der Missionierung; implizit wird den Christen, zu welchen auch ich mich zähle, eine verwerfliche Gesinnung gegenüber diesen Mitmenschen vorgeworfen. Was Christen in solchen islamisch beherrschten Regionen auf der einen Seite häufig an Verfolgung und Unterdrückung erleiden, aber auf der anderen Seite trotzdem mit weltlichen und kirchlichen Hilfswerken der einheimischen, mehrheitlich muslimischen Bevölkerung an vielen Orten Hilfe leisten (Ernährung, Medizin, Verpflegung, Schule, Glaube), ist enorm. Das Gegenteil aber ist nicht der Fall.

Rudolf Vetter, Männedorf

30 Tage wollen Christinnen und Christen für Muslime beten. Was für eine schöne Idee! Nun wird ihnen aber vom Verfasser unterstellt, sie würden es nicht aus Nächstenliebe, sondern um der Missionierung willen tun. Seit der Himmelfahrt Christi lautet der Auftrag an die Christen: «Gehet hin in alle Welt und prediget das Evangelium aller Kreatur!» Nun ist es bekanntermassen – zum Teil unter Todesstrafe – verboten, in muslimischen Ländern zu missionieren. Was also tun? Beten! Durch «Überreden» ist noch nie jemand zum Glauben gekommen. Durch Beten aber schon. Der Geist weht, wo er will.

Rudolf Kämpfer, Riehen

Im Kommentar «Wenn Christen für Muslime beten» wird Christen unterstellt, bei dieser Gebetsaktion gehe es ihnen nicht wirklich um den Frieden und das Wohl der Menschen in der muslimischen Welt. Das ist eine böswillige Unterstellung, die davon ausgeht, dass das Ringen um den guten und wahren Glauben per se nicht vereinbar sei mit einem friedlichen Zusammenleben. Wenn Christen jedoch für Mitmenschen beten und ihren Glauben vermitteln, geht es nach ihrem Verständnis immer um das Wohl und den Frieden des Gegenübers und der Gemeinschaft insgesamt. Dass Christen den Frieden und das Wohl einer Gesellschaft gerade in ihrem eigenen Glauben am besten widerspiegeln sehen, ist nicht übergriffig, sondern eine sinnvolle und berechtigte Überzeugung in einer pluralistischen Welt. Nächstenliebe sollte gerade nicht auf Kritik am Glauben oder an den Überzeugungen des Gegenübers verzichten, wenn dies respektvoll geschieht. Sonst ist sie unehrlich, und damit wäre sie in der Tat heuchlerisch. Wichtig erscheint uns dabei, dass die Integrität des Gegenübers anerkannt wird; dass man sich kritisch mit dem Wahrheitsanspruch des Gegenübers auseinandersetzt und gewillt ist, die positiven moralischen Wirkungen einer anderen Religion anzuerkennen. Wer – wie der

NZZ-Kommentator – meint, Religionsfrieden lasse sich nur fördern, wenn die eigene Überzeugung aufgegeben und die Position des Gegenübers «akzeptiert» werde, verkennt, dass die monotheistischen Religionen seit Jahrhunderten im Ringen um die Wahrheit stehen. Der Grund für Konflikte ist gerade dort gegeben, wo diesem Ringen kein Raum mehr geboten wird; sei es durch Konversionsverbote oder durch «postmoderne Redeverbote». Religionsfreiheit als ein immer zentraler werdendes Menschenrecht fördert den religiösen Frieden. Und diese Freiheit umfasst eben gerade das Äussern gegensätzlicher Positionen und, ja, sogar den Wechsel der persönlichen Glaubensüberzeugung. Diese Möglichkeit und der Dialog über solche Fragen sind kein Gift, sondern geradezu Schmieröl für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster Überzeugungen. Das bestätigt übrigens auch die Forschung auf diesem Gebiet.

Marc Jost, Thun, Generalsekretär SEA (Schweizerische Evangelische Allianz)

Kampfflugzeuge

Dem Leserbriefschreiber Ch. Schibli in der NZZ vom 2. 5. 19 («PR-Aktion für Kampfflugzeuge») möchte ich vollumfänglich zustimmen. Weshalb braucht die flächenmässig kleinformative und neutrale Schweiz Kampfflugzeuge, die ich vornehmlich als Angriffswaffe betrachte, der nicht einmal genügend «Übungsraum» zur Verfügung steht (man muss dafür ins Ausland ausweichen). Die Schweiz braucht eine strategisch gut positionierte, hochmoderne Fliegerabwehr, um mögliche Angriffe aus der Luft, zukünftig auch mit Drohnen, abzuwehren.

In der gleichen NZZ-Ausgabe stellt Peter Seidel in seinem Gastkommentar «Deutschland und das Gespenst der Nachrüstung» interessanterweise für Deutschland fest: «Doch warum Flugzeuge anschaffen, angesichts deutlich verbesserter Flugabwehr?»

Wie zu hören ist, schnürt man hierzulande schon wieder ein Abstimmungspaket, Kampfflugzeuge in Verbindung mit Fliegerabwehr, um beide Systeme vom Volk als eines gutgeheissen zu erhalten. Solche «Pakete» lehne ich als Wählerin grundsätzlich ab, denn bei der Abstimmung über die Sanierung des Gotthardtunnels habe ich mir einen zweiten Tunnel «eingehandelt», den ich in einer Einzelabstimmung vehement abgelehnt hätte.

Ruth Niermann, Oberiberg

Bundesrätin Amherd zeigt Führungswillen und politisch taktisches Geschick (NZZ 17. 5. 19). Endlich, nachdem das VBS seit über 20 Jahren unter SVP-Führung im Dauerkrisenmodus gewirkt hat. Die Trennung der Geschäfte Kampffjet und Flugabwehr macht dies deutlich. Es ist im 8-Milliarden-Kampffjetkauf nicht die Industrie mit ihren Lobbyisten, sondern immer noch das Schweizervolk, das über dieses Geschäft wie immer vernünftig entscheiden wird. Die Drohungen der Industrie sind eine Hochrisikostategie, die vom Stimmvolk so nie akzeptiert wird. Die Armeefunktionäre, die VBS-Administration, die Offiziersgesellschaften und die hochbezahlten Kampffjetlobbyisten überzeugten

2014 mit der Gripen-Vorlage nie. Frau Amherd liess eine eigene, objektive Studie darüber erstellen, was diese Gegengeschäfte beim Einkauf von Kampffjets dem Schweizer Werkplatz tatsächlich bringen und wie die Kampffjetanbieter die Kosten für Drittgeschäfte auf den Kaufpreis draufschlagen. Der höhere Kaufpreis ist letztlich vom Steuerzahler zu berappen. Saab ist damals beim Gripen mit unsäglichem Lobbying bei den Offiziersgesellschaften und Industrievertretern grenzwertig aufgetreten und hat nebst anderen hauseigenen, VBS-geachteten taktischen Fehlern den schwedischen Kampffjet abstürzen lassen.

Nur wenn es Frau Amherd gelingt, zukünftige Bedrohungen, den zwingenden Kauf von Kampffjets und mögliche Angreifer der Schweiz glaubwürdig darzustellen und die Sicherheitsbedürfnisse der Schweizer Bevölkerung im gesellschaftlichen Wandel zu berücksichtigen, hat das Rüstungsprojekt in der Volksabstimmung 2020 Chancen. Sie wägt Digitalisierung, Cyberwar und zukünftige modernste Bedrohungen gegen Reduit- und Kalter-Krieg-Mentalität in Politik und Armee ab und macht endlich eine überzeugende Lagebeurteilung. Konventionelle Kriegsführung mit Panzer-, Artillerie- und Luftkämpfen war einmal!

Roger E. Schärer, Trin Mulin, Oberst a. D.

Auswirkung der Personenfreizügigkeit

In einem vor kurzem erschienenen Gastbeitrag fordert Reiner Eichenberger mehr Sachlichkeit in der Zuwanderungsdebatte hierzulande (NZZ 13. 4. 19). Der Autor zitiert dabei eine von mir und Nathalie Ramel erstellte empirische Studie, wonach die Personenfreizügigkeit den Schweizer Staat langfristig belastet. In Wirklichkeit ist jedoch das Gegenteil der Fall. Unsere Studie bezieht sich auf sämtliche Zuwanderungen, auch auf solche aus der Asylgewährung oder aus Drittländern und nicht lediglich auf solche, die unter dem Personenfreizügigkeitsabkommen erfolgten. Beschränkt man die Analyse auf Mitglieder der Efta- und der 17 EU-Länder, die dem Personenfreizügigkeitsabkommen in unserem Untersuchungszeitraum unterstanden, nimmt die Fiskalbilanz der Ausländer langfristig deutlich weniger ab, da die Folgekosten der Asylgewährung wegfallen.

Ob eine Fiskalbilanz in ferner Zukunft steigt oder fällt oder gar negativ wird, sagt indes auch so noch wenig darüber aus, ob die Zuwanderung den Staat insgesamt belastet. Um dies zu beurteilen, muss der gesamte fiskalische Nettobeitrag der Zuwanderer vom Zeitpunkt der Einwanderung bis zum Zeitpunkt des Austritts aus der ausländischen Wohnbevölkerung durch Rückwanderung, Einbürgerung oder Tod berechnet werden. Würde man dies tun – und in Ergänzung zu unserer Studie auch noch die Kosten des Humankapitals, das die Zuwanderer mitbringen, in Rechnung stellen –, sähe die Bilanz noch besser aus. Sachlich argumentiert ist also davon auszugehen, dass die Zuwanderung und erst recht die Personenfreizügigkeit den Staat unter dem Strich eher entlasten als belasten.

George Sheldon, em. Professor am WWZ der Universität Basel

TRIBÜNE

Burnout als Berufskrankheit

Gastkommentar

von SABINE STEIGER-SACKMANN

Die Idee, Burnout als Berufskrankheit anzuerkennen, tönt attraktiv. Die Betroffenen würden von der Unfallversicherung gute Versicherungsleistungen ohne Kostenbeteiligung erhalten (wie bei Berufsunfällen), den Unternehmen würde ein Haftungsrisiko abgenommen, und es könnte Geld für die Prävention generiert werden. In der heutigen Arbeitswelt erleben immer mehr Erwerbstätige psychosoziale Belastungen. Ständige Erreichbarkeit, hohe Arbeitsdichte, starke emotionale Beanspruchung fordern ihren Tribut. Folgerichtig stellt sich die Frage, ob die Anerkennung von Berufskrankheiten diesem Wandel nicht Rechnung tragen müsste.

Bisher ist es einzig einem Kriegsjournalisten gelungen zu erreichen, dass seine posttraumatische Belastungsstörung als psychisch bedingte Berufskrankheit anerkannt wurde. Bei allen übrigen stressbedingten Erkrankungen wurde die Anerkennung als Berufskrankheit verweigert. Die gesetzlichen Hürden hierfür sind nämlich sehr hoch. Fungiert ein gefährdender Stoff oder eine Diagnose nicht auf der von Fachleuten erstellten Liste, kann im Einzelfall eine Krankheit nur dann als Berufskrankheit anerkannt werden, wenn der Nachweis erbracht ist, dass sie mindestens zu 75 Prozent durch die berufliche Tätigkeit verursacht ist. Für eine bestimmte berufliche Exposition muss die Erkrankungswahrscheinlichkeit nach der Rechtsprechung viermal höher sein als für die Allgemeinbevölkerung. Es gibt bei dieser Beurteilung nur ein Entweder-oder; es können keine Teilleistungen für eine anteilmässige berufliche Ursache zugesprochen werden. Dies erschwert eine sachgerechte Zuordnung multikausaler Schäden.

Arbeitsbedingungen gehören zu den wichtigsten Einflussfaktoren in Bezug auf Stress, auch wenn private Faktoren eine zusätzliche Rolle spielen, wie der Job-Stress-Index zeigt. Stress kann aber nicht nur ein sogenanntes Burnout zur Folge haben, sondern auch Kreislauferkrankungen oder Rückenschmerzen, und Stress ist ein

Ständige Erreichbarkeit, hohe Arbeitsdichte, starke emotionale Beanspruchung fordern ihren Tribut.

Einflussfaktor bei Krebs oder Immunschwäche. Insofern greift das Postulat, (nur) Burnout als Berufskrankheit anzuerkennen, zu kurz.

Das Anliegen hat aber einen verlockenden Effekt: Die Leistungen für Berufskrankheiten gehen nämlich zulasten der Unfallversicherungen. Die Prämien dafür tragen die Unternehmen. Der Präventionszuschlag auf diesen Prämien generiert jährlich etwa 110 Mio. Franken. Diese Summe wird heute für die Verhütung von Berufsunfällen und «alten» Berufskrankheiten eingesetzt. Wenn die Anerkennung als Berufskrankheit auch auf Burnout und ähnliche Krankheitsbilder erweitert würde, hätte dies zur Folge, dass die Prämienzuschläge für die Prävention von psychischen Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz eingesetzt werden könnten. Heute müssen dies die Kantone über die Staatskassen finanzieren. Aber sie vernachlässigen ihre gesetzliche Aufgabe systematisch und sorgen zu wenig für einen effektiven Schutz vor krank machenden Arbeitsbedingungen: Ihre Präventionsbehörden (Arbeitsinspektorate) sind personell unterdotiert, und es fehlt vielfach an den fachlichen Ressourcen und der Unterstützung durch die politischen Behörden.

Es ist zu hoffen, dass die Bundesbehörden die Diskussion um Burnout als Berufskrankheit zum Anlass nehmen, alle heutigen Arbeitsrisiken versicherungsmässig und bezüglich Prävention einer adäquaten Behandlung zuzuführen. Dazu gehört, dass das Seco endlich die vom Gesetz eingeräumte Kompetenz wahrnimmt und den Kantonen Vorgaben macht für die Ausstattung ihrer Arbeitsinspektorate, damit die Prävention psychosozialer Risiken wirksam umgesetzt wird. Denn: Verhüten ist immer noch besser als vergüten.

Sabine Steiger-Sackmann ist Dozentin für Arbeits- und Sozialversicherungsrecht an der ZHAW in Winterthur.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 240. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujjer (eg.)

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw), Andreas Schürer (asu.), Tom Schneider (snc.)

Mitglied Chefredaktion: Carola Ettenreich (cet.)

Tagsleitung: Christoph Fisch (cf.), Andreas Schürer (asu.), Daniel Wechlin (daw), Jenni Thier (thj.), Benno Mattli (bem.)

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Andreas Wysleng (awy.), Werner J. Marti (wjm.), Andreas Ernst (ahn.), Beat Bumbacher (bbu.), Meret Baumann (bam.), Patrick Zoli (paz.), Daniel Steinvorth (DSt.), Dominique Burchardth (dbu.)

Schweiz: Michael Schoenenberger (msc.), Erich Aschwanden (asa.), Christina Neuhaus (cn.), Claudia Baer (cb.), Jörg Krummenacher (kra.), Daniel Gerny (dgy.), Frank Sieber (sfr.), Marc Tillehorn (tm.), Simon Hehli (hs.), Lucien Scherrer (lsc.), Helmut Stalder (st.), Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.) Bundesgericht: Kathrin Alder (ald.)

Wirtschaft/Börse: Peter A. Fischer (pfi.), Werner Enz (nz.), Ermes Gallarotti (ti.), René Höltschi (Ht.), Sergio Aiolfi (ai.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Nicole Rützi Ruzicic (nr.), Andrea Martel Fus (am.), Gerald Hosp (gho.), Giorgio V. Müller (gvm.), Michael Ferber (feb.), Hansueli Schöchli (hus.), Thomas Schirpfl (tsf.), Zsóé Inés Bacshs Kunz (Z. B.), Natalie Gratwohl (ng.), Werner Grundlohner (gru.), Daniel Imwinkelried (im.), Christof Leisinger (lri.), Anne-Barbara Luft (abl.), Michael Schäfer (msf.), Dieter Bachmann (dba.), Dominik Foldegas (df.)

Faullisten: René Scheu (rs.), Angela Schader (as.), Rainer Stadler (ras.), Claudia Schwartz (cs.), Thomas Ribai (rib.), Ueli Bernays (ub.), Roman Bucheli (rb.), Philipp Meier (phi.), Claudia Mäder (md.), Christian Wildhagen (wdh.)

Zürich: Irène Troxler (tox.), Alois Füssi (fs.), Dorothee Vögeli (vö.), Urs Bühler (urs.), Stefan Hotoz (hto.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigger (bai.), Fabian Baumgartner (fbi.), Jan Hudec (jhu.), Florian Schoop (sct.), André Müller (amü.), Daniel Fritzsche (dff.)

Sport: Elmar Wagner (wag.), Flurin Clatina (cl.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (ggn.), Peter B. Birrer (bir.), Philipp Bärtsch (pb.), Samuel Burgener (sbr.), Claudia Rey (cky.), Nicola Berger (nbr.)

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Elena Panagiotidis (ela.)

Wissenschafter: Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Stefan Betschorn (S. B.), Stephanie Kusma (ks.), Lena Stallmach (lsl.), Helga Rietz (rtz.)

Wochenende/Gesellschaft: Daniel Wechlin (daw.), Susanna Müller (sm.), Herbert Schmidt (Hdt.), Birgit Schmid (bgs.), Matthias Sander (msa.) Bildredaktion und Gestaltung: Christian Güntliberger (cgb.).

Reporter: Marcel Gyr (-yr.), Anja Jardino (jar.), Martin Beglinger (beg.)

Nachrichten: Tobias Ochsenbein (toc.), Manuela Nyffenegger (nyf.), Katrin Schregenberg (ks.), Raffaella Angstmann (ran.), Michael Schilliger (msl.), Kathrin Klette (kk.)

Produktionsredaktion: Christoph Fisch (cf.), Caspar Hesse (cah.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reiss Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.)

Webproduktion: Michèle Schell (mi.), Roman Sigrist (rsi.), Susanna Rusterholz (rus.), Reto Gratwohl (grt.)

Visuals: David Bauer (dav.), Beni Buess (bue.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Balz Rittmeyer (brt.), Joana Kelen (jok.)

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Balz (nba.), **London:** Markus M. Haefliger (mhf.), Benjamin Triebel (bet.), **Berlin:** Christoph Eisenring (esi.), Marc Felix Serrao (fx.), Benedicte Neff (ben.), Jonas Hermann (jsh.), Hansjörg Müller (hmü.), **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.), **München:** Stephanie Lahrz (slz.), **Rom:** Andrea Spalinger (spl.), **Wien:** Matthias Benz (mbz.), **vo Mijsness (mij.), Stockholm:** Rudolf Hermann (ruh.), **Brüssel:** Niklaus Nuspliger (nu.), Christoph G. Schmutz (scs.)

Moskau: Markus Ackeret (mac.), Christian Steiner (cts.), **Dakar:** David Signer (dai.), **Lissabon:** Thomas Fischer (ter.), **Istanbul:** Volker Pabst (pab.), Inga Rogg (iro.), **Beirut:** Christian Weislog (wvs.)

Jerusalem: Ulrich Schmid (U. Sd.), **Mumbai:** Marco Kaufmann Bössart (kam.), **Sydney:** Esther Blank (est.), **Singapur:** Manfred Rist (ri.), **Peking:** Matthias Müller (Mu.), **Tokio:** Patrick Welter (pwe.), **Washington:** Peter Winkler (win.), Martin Lanz (mla.), **New York:** Christiane Hanna Henkel (C. H.), **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.), **Vancouver:** Karl R. Felder (fdr.).

Rio de Janeiro: Nicole Anliker (ann.), **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (ab.), **San José de Costa Rica:** Peter Gaupp (pgp.)

REDAKTIONELLE MITARBEITER

International: Fabian Urech (fu.), **Inland:** Angelika Hardegger (haa.), Antonio Fumagalli (fum.), Tobias Gafater (gaf.), Michael Surber (sur.), Benedicte Neff (ben.), Jonas Hermann (jsh.), Hansjörg Müller (hmü.), **Wirtschaft/Börse:** Andreas Uhlig (Ug.), Patrick Hergler (ph.), **Fuillleton:** Marion Löhndorf (mlö.), Daniele Muscionico (MD), Manuel Müller (mmü.), **Zürich:** Johanna Wedi (jow.), Reto Flury (flu.), Michael von Ledebur (mvl.), Lena Schenkli (len.), **Sport:** Stefan Osterhaus (sos.), Michèle Covello (cov.), Ulrich Pickett (pic.), Andreas Batsat (bab.), **Nachrichten:** Franziska Scheven (fs.), Martina Medic (med.), Tobias Sedwamer (sm.), Esther Rüdiger (eru.), Esther Widmann (wde.), Janique Weder (wvj.), Manuel Frick (fma.),

Webproduktion: Beat Grossrieder (bgr.), **Produktionsredaktion:** Urs Buess (bu.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hufschmid (phd.), Yvonne Eckert (yve.), Benno Brunner (bnr.), Ilda Ózpal (iö.), Jann Lienhart (jal.), **Social Media:** Reto Stauffacher (rst.), Corinne Plaga (cpl.), Gabriela Dettwiler (gad.), **Visuals:** Leann von Gunten (lv.), Marie-José Kolly (mj.), Haluka Maier-Borst (hmb.), Philipp Küng (pkh.), Manuel Roth (mt.), Anna Wiederkehr (awi.), Markus Stein (sma.), Olivia Fischer (ofi.)

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction: Reto Althaus (ral.), **Bildredaktion:** Gilles Steimann (gst.), Andrea Mittelholzer (amd.), Sara Zeiter (sze.), Verena Tempelmann (vtm.), Nicole Aeby (nae.), Rahel Arnold (raa.), **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.), **Produktion/Layout:**

Hansruedi Frei, Andreas Steiner. **Blattplanung:** René Sommer. **Korrektur:** Yvonne Betschorn. **Archiv:** Ruth Haener. **Projekte:** André Maerz (mae.)

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ TV / NZZ Format: Silvia Fleck (sfk.), Karin Moser (mok.)

NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Luzi Bernet (lzb.)

NZZ Folio: Daniel Weber (dlw.)

NZZ Geschichte: Peer Teuwsen (pt.), Lea Haller (lha.)

NZZ-MEDIENGRUPPE

Felix Graf (CEG)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 11 11, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstrasse 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Telefon +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: nzzmediasolutions.ch

Druck: OZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

NZZ Print & Digital: 779 Fr. (12 Monate), 71 Fr. (1 Monat)

NZZ Digital Plus: 550 Fr. (12 Monate), 50 Fr. (1 Monat)

NZZ Wochenende Print: 352 Fr. (12 Monate), 32 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital

NZZ International Print & Digital: 550 € (12 Monate), 50 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage

NZZ Kombi Print & Digital: 898 Fr. (12 Monate), 82 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat)

Alle Preise gültig ab 13. 3. 2019

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2018

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 111 023 Ex. (Wemf 2018), davon 25 718 E-Paper

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors